

Antrag Nr. 10-F-01-0057

SPD-Fraktion

Betreff:

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Antragstext:

Durch die Genehmigung des Naziaufmarschs am 08. Mai 2010 wurde die Glaubwürdigkeit des Magistrats und damit die der gesamten Stadt beschädigt, da diese Entscheidung im Widerspruch zu der bisher gemeinsam getragenen Erinnerungskultur steht. Trotz mehrerer öffentlicher Verlautbarungen zu diesem Vorgang sind etliche Fragen bis heute ungeklärt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2010 nicht umgesetzt wurde, in dem u. a. der Magistrat gebeten wurde, „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten NPD-Aufmarsch zu unterbinden“,
- warum der Versammlungsort der Gegendemonstranten fern ab - also außerhalb der Sicht- und Hörweite - der eigentlichen Nazi-Kundgebung festgelegt und eine Beobachtung der Aktivitäten der Neonazis , insbesondere ihrer Parolen und ihres Auftretens, dadurch unmöglich gemacht wurde,
- wieso bereits drei Wochen vor dem 08. Mai 2010 der NPD-Jugend Erbenheim als Aufmarschgebiet zugesagt wurde, während die Öffentlichkeit und die Stadtverordnetenversammlung darüber keinerlei Informationen erhielten,
- warum die Gegendemonstranten auf der Straßenverbindung zwischen Bierstadt und Erbenheim über einen längeren Zeitraum in überfüllten Bussen zurückgehalten wurden,
- wieso der NPD für ihren Demonstrationzug eine Erbenheimer Straße angeboten wurde, an der bekanntermaßen Stolpersteine zum Gedenken an jüdische Opfer des NS-Gewaltregimes verlegt sind.

Der Magistrat wird aufgefordert, wie in der Vergangenheit alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu verdeutlichen, dass neonazistische Organisationen in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Wiesbaden, 16.06.2010

gez.

f. d. R.

Axel Imholz
Fraktionsvorsitzender

Marc Paffenholz
Geschäftsführer